

Wörter, Tapezieren u. Portefeuille-Zeitung

Organ

des Deutschen Bütler, Tapezierer u. Portefeuille-Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brückenstraße 10 b^{III}

Verbreiter: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Auf zur Heimarbeit ausstellung 1925.

Gemeinsam mit dem Verein für Sozialreform veranstalten die deutschen Gewerkschaften aller Richtungen am 30. April d. J. in Berlin eine Ausstellung der Heimarbeit. Das spezielle Programm ist in der Presse noch nicht veröffentlicht worden. Bereits vor drei Jahrzehnten haben sich die freien Gewerkschaften unter Führung von Karl Legien die Bekämpfung des Heimarbeiterselbsts angeeignet sein lassen. Auf sein Betreiben fand am 7., 8. und 9. März 1904 im Berliner Gewerkschaftshaus der erste Allgemeine Heimarbeiterskongress statt. Es dürfte interessieren, daß die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften es damals abgelehnt hätten mitzumachen, weil die Gewerkschaften „sozialdemokratisch“ wären. Auch die Reichsregierung lehnte es ab, sich offiziell vertreten zu lassen. Trotzdem haben zahlreiche Gewerkschaften und andere Beamte daran teilgenommen, natürlich inoffiziell. Inzwischen hat sich ja vieles geändert zugunsten der Gewerkschaften und besonders der Heimarbeiter.

Auch mit dem ersten Heimarbeiterskongress hatte man eine Heimarbeit ausstellung verbunden und Legien betonte in seiner Eröffnungsrede, daß diese Ausstellung viel wirksamer gegen die Heimarbeit spreche, als die Reden auf dem Kongress. Denn man werde sehen, daß die Arbeiterinnen und die künstliche Blumen herstellen, 5 bis 5 1/2 Pf. pro Stunde verdienen. Der Referent kämte sich über die damaligen Umfang der Heimarbeit in den verschiedenen Industriezweigen, die von 25,3 bis 58,2 Proz. betrug. Es wurden dabei entsetzliche Zustände aufgedeckt, sowohl in der Metall-, Holz-, Textilindustrie, in der Konfektionsindustrie für Kleider, Wäsche, in der Tabakindustrie, aber ganz besonders in der Spielwarenindustrie.

Vorausichtlich wird die Ausstellung von 1925 ein weit besseres Bild ergeben im Vergleich mit den damaligen Zuständen, immerhin werden die Verhältnisse noch traurig genug sein.

Sehr traurig lagen damals auch die Verhältnisse der Heimarbeiter in der Offenbacher Lederwarenindustrie. Unter Kollege Weinschild schilderte diese folgendermaßen: In der Porzellanindustrie nach der Erhebung im vorigen Monat 4100 männliche und 1100 weibliche Arbeiter beschäftigt. Mehr als 50 Proz. der männlichen und mehr als 35 Proz. der weiblichen sind in der Hausindustrie tätig. Im Bezirk Offenbach sei das Verhältnis noch schlimmer. Die Heimarbeiterinnen arbeiten 11 Stunden beim Zwischenschleifen und dann noch bis in die späte Nacht hinein mit Etren und Geschwistern weiter. Der Verdienst beläuft sich bei 12- bis 14stündiger Arbeitszeit auf 4 bis 5 M. Zu dem geringen Verdienst komme erschwerend, daß die Heimarbeiterinnen nur 9 bis 10 Wochen im Jahre volle Beschäftigung haben. Selbst in Berlin, wo 750 Heimarbeiterinnen in Betracht kamen, betrug der Verdienst nur bei einem Durchschnitt über 19 M., viele verdienten unter 10 M.

Es dürfte sich immerhin lohnen, die heutigen Verhältnisse mit jenen vom Jahre 1904 einmal etwas näher zu vergleichen. Man wird ja dann ersehen, ob die Gewerkschaften Schloßarbeiten geleistet haben oder nicht. Es wird sich herausstellen, daß die Heimarbeiter von heute doch ganz wesentlich anders dastehen als damals. Wo noch schlechte Zustände existieren, ist das fast immer auf die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit der betreffenden Arbeitergruppen selbst zurückzuführen. Wenn schließlich in den Berufsgruppen unseres Verbandes die Lage der Heimarbeiter heutzutage nicht erheblich schlechter ist als die der Werkstattarbeiter, so ist das lediglich dem Einfluß der Organisation geschuldet. Schlimme Zustände sind aber schon wieder eingerissen in der Bekleidungs-, in der Textil- und in der Spielwarenindustrie.

Unsere Ortsverwaltungen, in welchen Heimarbeit in Frage kommt, haben meistens verdrängt, ein Teil jedoch hat das bisher nicht getan. Es ist unbedingt notwendig, daß sie das Ver?umite schnellstens nachholen.

Gewerkschaften und Politik.

Einige unserer Mitglieder hatten Anstoß daran genommen, daß wir vor der Reichstagswahl dafür Propaganda gemacht haben, daß unsere Mitglieder ihre Stimme für die große sozialistische Partei, die Sozialdemokratie, abgeben möchten. Der Ausfall der Reichstagswahlen hat wohl dieser Partei einen erheblichen Stimmenzuwachs gebracht und sie an die Spitze aller übrigen Parteigeilde gerückt; allein ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluß reicht doch noch nicht aus, die Gestaltung der Politik im Deutschen Reich und den Einzeländern entscheidend zu beeinflussen.

Die Parteizersplitterung verhindert die breiten Volksschichten darum, ihre vitalsten Interessen gegenüber den herrschenden Klassen und ihren politischen Vertretern wirksam wahrzunehmen. Der Kuhhandel um die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung dauert nunmehr schon wochenlang, und es hat den Anschein, als wenn ein befriedigendes Resultat überhaupt nicht zu erreichen ist.

Die reaktionären bürgerlichen Parteien kämpfen verzweifelt und strupelos mit allen Schikanen, um die Macht im Staate unangeführt zu erlangen. Leider werden sie darin noch gefördert und unterstützt durch die linkslebenden radikalen Arbeitergruppen.

Es kann hier nicht näher auf die Gefährlichkeit solcher Einstellung eingegangen werden; daß sie die Politik der republikanisch eingestellten Parteien, vor allem der sozialdemokratischen, schwächt, ist selbstverständlich. Damit zugleich werden aber auch die Interessen aller lohnarbeitenden Volksgenossen gefährdet, das ist die einfachste logische Konsequenz. Wenn mit Hilfe oder auch schon durch passives Verhalten der ganz linksgerichteten politischen Parteien die reaktionären, bürgerlich-feudalistisch eingestellten Parteien zur Herrschaft gelangen, dann haben diese Helfershelfer dies verschuldet. Auf ihr Haupt kommen aber nicht die Folgen. Die Folgen müssen die Volksmassen tragen. Es besteht ja noch geringe Hoffnung, daß dem deutschen Volke das erpart wird, wie hoffen es wenigstens. Jedenfalls haben wir unsere Pflicht getan, um dies alles zu verhüten.

Warum können nun die Gewerkschaften der Parteipolitik gegenüber nicht völlig neutral bleiben? Darüber herrscht anscheinend in unseren Mitgliederkreisen noch vielfach Unklarheit. Es erscheint daher notwendig, wieder einmal die fundamentale Frage des Gewerkschaftskampfs kurz zu erörtern.

Die Wirtschaft ist die Grundlage unseres Daseins und unserer Existenz, mithin ist sie auch die Grundlage jeder Politik. Der Zweck der Politik ist es ja, den Gang der Wirtschaft in ganz bestimmter Weise zu beeinflussen. Als die bestehenden Klassen unbeschränkt die Macht besaßen, beeinflussten sie die Regierung und die Parlamente dahingehend, daß alle Gesetze zu ihrem Nutzen und Vorteil ausgelegt wurden. Die unteren Klassen waren nur Objekte der Rechtsauslegung der Richter und Juristen, die sich wiederum als Angehörige der bestehenden Klassen, als Volkstreuer des Willens dieser Kreise fühlten und bewährten und heute noch bewahren. Das alles ist ja hinreichend bekannt, nur vergißt es jedermann, daran zu denken, wenn es sich darum handelt, richtig zu wählen und richtig zu handeln.

Alle existierenden Gesetze sind letzten Endes zu dem Zwecke geschaffen worden, den Gang unserer Wirtschaft in bestimmter gewollter Weise zu beeinflussen und zu regeln. Aus der Wirtschaft werden alle Reichtümer erzeugt, sie ist die Quelle aller Freude und aller Genüsse der Bestehenden, und selbstredend auch aller Arbeitenden.

Für die Bestehenden stellt die Quelle des Arbeitsertrags aufs reichlichste, für die Arbeitenden verbleibt nur der Rest, ein schmales Gerinnsel.

Aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften ja überhaupt erst entstanden. Ihr ganzes Streben ist ja darauf gerichtet, daß die Bestehenden ihnen einen angemesseneren Teil vom Arbeitsertrag zustehen

lassen sollen und müssen als es bisher der Fall ist. So ergibt sich mit aller Klarheit: die wirtschaftliche Neuorganisation — der Sozialismus — ist nur erreichbar, wenn man es fertig bringt, die Politik gegenüber zu beeinflussen.

Wenn nun die Gewerkschaften auch noch nicht im Besitz der Produktionsmittel sind — der Werkzeuge, der Fabriken, Maschinen, Werkzeuge usw. — so sind sie doch die eigentlichen Träger der Produktion, ohne die überhaupt nicht produziert werden kann. Das gibt ihnen eine riesige Macht und Bedeutung, die es auch verständlich erscheinen läßt, daß die verschiedensten politischen Parteien eifrig bestrebt sind, die Gewerkschaften als Vorposten zu benutzen oder gar völlig in die Hand zu bekommen und nach Wunsch und Willen zu beeinflussen.

Die freien Gewerkschaften haben es bisher verstanden, sich einer solchen Beeinflussung seitens politischer Parteien zu entziehen. Wenn sie die sozialdemokratische Partei als die beste Vertreterin proletarischer und gewerkschaftlicher Interessen unterließen, so geschah das immer bis auf den heutigen Tag freiwillig. Niemals hat die SPD. einen solchen Einfluß auf die Gewerkschaften ausgeübt, wie das von der KPD. versucht wird. Auch die christlichen Gewerkschaften stehen den politischen Parteien in ähnlicher Weise gegenüber und verfolgen wirtschaftlich die gleichen sozialen Umgestaltungsziele der Produktionsformen.

Bei dem großen Einfluß der katholischen wie protestantischen Geistlichkeiten auf gewisse Bevölkerungsklassen in verschiedenen Landeszeilen konnten sich christliche Gewerkschaften bilden und auch lebensfähig erhalten. Sie sind eben ein Produkt jener geistigen Impulsen, die jenen Bevölkerungsklassen eigen ist. Die von Geistlichen genannten Religionsrichtungen beeinflussen werden. Die Unternehmer sind über solche religiösen Unterschiede stets erhoben gewesen. Die Unternehmer kennen nur ihre Profitinteressen, und um diese zu fördern und zu realisieren, treiben sie Politik, unbeeinträchtigt durch religiöse, sentimentale oder ideologische Umwandlungen. Sie konzentrieren ihre Kraft auf dieses Hauptziel, trotz aller Parteizersplitterung in ihren Kreisen.

Um was geht der Kampf der Gewerkschaften letzten Endes? Wie schon gesagt, um einen genügenden Anteil am Arbeitsertrag. Damit hängt alles andere aufs engste zusammen. Wohnung, Ernährung, Kleidung, Bildung, Lebensgenuss, Menschentum und Menschenrecht, Gesundheit, Leben und Tod.

Was die verschiedenen Arbeiter- und Gewerkschaftsrichtungen auseinander und trennt, ist somit nicht das Ziel, sondern vielmehr allerlei Kleinram und Nebenfähliches, durch welches die Trennung herbeigeführt und die Spaltung aufrechterhalten wird. Teile und herrsche! Dieser Grundsatz leitet alle Unternehmerrpolitik! Unzählige Helfer und Helfershelfer aus den Reihen der Nichtbestehenden stehen im Solde der Unternehmer. Juristen, Geistliche, technische Beamte, wie kaufmännische, Werkmeister und Ausseher richten Vermirrung an in ihrem Wahn, daß sie etwas Besseres wären als die anderen ihnen untergeordneten.

Wer sich das hier nur kurz Angeführte überlegt und weiter darüber nachdenkt, wird folgerichtig zu der Erkenntnis kommen, daß wir hier die Symptome eines Systems vor uns haben, das auf Grund einer langen Entwicklung sich herausgebildet hat. Ein solches System kann nicht eher mit Erfolg gestürzt werden, bis nicht die Träger desselben innerlich umgewandelt sind, auf daß sie fähig geworden sind, ein neues, besseres System schaffen und erhalten zu helfen.

Die Gewerkschaften sind nun, wie gesagt, auf Grund ihrer numerischen Stärke und noch mehr auf Grund ihrer geistlichen und zum größten Teil gut disziplinierten Mitgliedschaften ein heiß umkämpfter Nachfaktor im Wirtschaftsleben geworden. Die SPD. zum Beispiel hat in den letzten Jahren alle erdenklichen Mittel versucht, um die Gewerkschaften zu er-

obern, ohne jedoch damit wesentliche Erfolge zu erzielen. Allerdings hat die K.P.D. in der Art und Weise, wie sie Politik gemacht hat, den Gewerkschaften nur bewiesen, wie man ihre Interessen schädigen kann.

Die sozialdemokratische Partei wiederum war geraume Zeit ein Stück Regierungsopfer. Als solche und auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke geriet sie in eine Situation hinein, in der sie oft eine Politik gemacht hat, die von den breiten Schichten der Arbeiter nicht immer verstanden wurde. Wer denkt nicht an das Ermächtigungsgesetz mit all seinen Begleiterscheinungen. Die Partei befand sich eben in einer Zwangslage und mußte dann mit dafür stimmen, obwohl die Wirkung vorauszusehen war. Das hat naturgemäß Unwillen bei der Arbeiterklasse hervorgerufen.

Über nicht nur das allein. Die Vertreter großer Industrieverbände erheben auch Klage darüber, daß die Parteirepäsentanten die wirtschaftlichen Faktoren zu wenig beobachtet hätten, welche doch die Politik des Reiches und der Länder am stärksten beeinflussen. So schreibt die „Textilarbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 2 vom 9. Januar 1925, daß die Gewerkschaften nicht entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ihren Einfluß in den einzelnen Parlamenten so geltend machen konnten, wie dies wirtschaftlich und im Interesse der Arbeiterklasse erforderlich gewesen wäre. Die „Textilarbeiterzeitung“ fordert deshalb, daß die Gewerkschaften als Träger der Wirtschaft, entsprechend der Wichtigkeit der einzelnen Industriezweige mit herangezogen werden, wenn wirtschaftliche Probleme zu meistern sind. Erst dadurch werde es möglich sein, die Gesamtpolitik in stärkerer Weise als bisher im Interesse der Arbeiterklasse fruchtbringend zu beeinflussen.

Diese Ausführungen sind jedenfalls nur ein Produkt der tatsächlich gemachten Erfahrungen und sorgfältiger Ueberlegung. Es ist auch richtig, daß die Gewerkschaften ebenso stark wie an der Wirtschaft, an der Sozialpolitik und Sozialgesetzgebung interessiert sind. Sie haben deshalb das stärkste Interesse an einer sachgemäßen Vertretung. Wir haben in unserer Nr. 42/43 mitgeteilt, daß in den neuen Reichstag circa 19 bekannte Gewerkschafter gewählt sind. Darunter befindet sich auch der Wirtschaftsminister a. D. Robert Schmidt und andere hervorragende Gewerkschafter, so daß anzunehmen ist, daß nunmehr die wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den zutreffenden politischen Entscheidungen genügend gewürdigt werden können. Die „Textilarbeiterzeitung“ geht aber weiter, sie erklärt, es ist notwendig, daß die Frage der Aufstellung der Kandidaten zu den verschiedenen Parlamenten einer Neuordnung unterzogen wird, daß vor allen Dingen für die wichtigsten Gebiete der Wirtschaft und der Sozialpolitik den Gewerkschaften, entsprechend ihrer Bedeutung, eine ausreichende Vertretung zugebilligt wird.

Wünschliche Forderungen, sogar weitergehend, sind bereits vor zwei Jahrzehnten vom ehemaligen „Korrespondent“-Redakteur Reghäuser, vom Redakteur des „Zimmerer“-Blattes erhoben worden.

Wenn man die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik weiter verfolgt und berücksichtigt, wie das Unternehmertum sich dazu einstellt, wird man nicht verfehlen dürfen, daß die Entwicklung gebieterisch entsprechende Anpassung verlangt, auch seitens der

Gewerkschaften. Die deutsche Wirtschaft wird heute gewaltig beeinflusst durch die maßgebenden Mächte, die in der sogenannten Elite vereinigt sind, die deutschen Kapitalisten wiederum suchen alles, was ihnen dadurch unangenehm werden könnte, von sich selbst abzulenken, selbstverständlich kann es dann nur die Arbeiterschaft treffen. Schon aus diesem Grunde können entscheidende Fragen, welche die Wirtschaft betreffen, nicht mehr gelöst werden ohne die Gewerkschaften. Wird das unklugerweise nicht getan, dann werden sich die Folgen nachträglich um so fühlbarer bemerkbar machen.

Gewerkschaften und Parteipolitik!

Wie geteilt die Meinungen über diese Fragen sind, geht aus den Ausführungen hervor, welche die „Gewerkschaftszeitung“ nach der „Textilarbeiterzeitung“ und „Gemeindearbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 3 zu dieser Frage abdruckt. Sie schreibt:

Auf der Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Götting hielt Gen. Schulz vom Vorstand dieses Verbandes einen Vortrag über die politischen Interessen der Gewerkschaften im allgemeinen und des Textilarbeiterverbandes im besonderen und unsere Stellung zu den politischen Parteien. Der „Textilarbeiter“ bringt in Nr. 3 einige Ausführungen daraus. Einleitend wird mit Recht das starke Interesse betont, das die Gewerkschaften und auch der Verband an der Zusammensetzung der Reichsregierung und des Reichstages sowie an der Führung der Regierungsgeschäfte haben, woraus sich die gewerkschaftlichen Verträge erklären, die Regierungsbildungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Vor allem seien sie an der Gestaltung der Innen- und Außenpolitik und der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands interessiert. Jede Störung der außenpolitischen Beziehungen bedeutet schwere Erschütterungen für die deutsche Wirtschaft mit den Folgen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die dadurch verursachte Schädigung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft wird auch schädigend für die Arbeiterbewegung. Darum sei es für die Gewerkschaften ein Gebot der Selbstverteidigung, für gute Beziehungen mit dem Lande anzutreten. Wollen sie aber in diesem Sinne wirken, so müssen sie in erster Linie den nötigen politischen Einfluß gewinnen.

Weiter hätten die Gewerkschaften, vor allem der Textilarbeiterverband, ein lebhaftes Interesse an den sozialpolitischen Fragen. Auch an der Regelung der Arbeitszeit, des Tarifs, und Schlichtungswesens, des Arbeitsvertrages, also am Ausbau des Arbeitsrechts, an den Arbeitsnachweisfragen, der Arbeitslosenversicherung und Sozialgesetzgebung seien sie herangezogen interessiert. Der Redner betonte die Aufstellung, daß der gewerkschaftliche Einfluß bei der politischen Interessenvetretung nicht genügend gewährt sei. Schon bei den Zollverhandlungen im Jahre 1902 sei es unangenehm empfunden worden, daß damals kein Vertreter des Textilarbeiterverbandes im Reichstage saß. In einer Zeit, in der die schwersten Kämpfe gerade um die Textilzölle geführt wurden, mußten wir diesen Kämpfen teillos zusehen. Es war uns unendlich, aktiv an diesen Kämpfen teilzunehmen. Trotzdem die Textilzölle den Lebensnerv der Textil-

industrie und der Textilarbeiterklasse treffen, sind wir auch diesmal wieder, wenn die Zollfragen im Reichstag zur Beratung stehen, als Verband völlig ausgeschaltet. In gleicher Weise sind wir ausgeschaltet, wenn uns berührende politische, arbeitsrechtliche, soziale und wirtschaftliche Fragen im Reichstag beraten werden. Auch bei anderen Fragen habe ich der Mangel einer Vertretung der Textilarbeiter bei politischen Entscheidungen fühlbar gemacht. Die Schuld an diesem Zustand muß der Redner der kaiserlichen Gesetzgebung zu, die den Gewerkschaften die Interessenvetretung in einer allgemeinen Arbeiterpartei unmöglich machte. Es mußte zwischen gewerkschaftlicher, politischer und genossenschaftlicher Organisation unterschieden werden. Infolgedessen hätten sich zwischen Partei und Gewerkschaft gewisse Grenzen herausgebildet, die oftmals zu beständigem Meinungsaustrausch führten. Diese Grenzen waren entstanden, weil die Partei in ihrem Kampf sich ganz auf die Erringung des Zukunftsstaates eingestellt habe, während die Gewerkschaften sich nur mit Gegenwartfragen, vor allem der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer beschäftigten. Im Gegensatz zu früher würden heute in der Partei nicht mehr Zukunftsprobleme, sondern in erster Linie aktuelle politische und wirtschaftliche Tagesfragen erörtert. Die Partei tue somit in der Nachkriegszeit das, was die Gewerkschaften schon immer getan haben: sie habe sich ganz auf den Tageskampf umstellen müssen. Nur in Sachsen und einigen anderen Bezirken, in denen der Herrradikalismus Trumpf ist, habe man in gewissen Parteidistrikten noch an der alten, längst der Vergangenheit angehörenden Tradition fest, man könne sich dort in den veränderten Verhältnissen noch nicht zurechtfinden.

Nach diesen Feststellungen kam der Redner zu dem Schluß, daß zuerst den Gewerkschaften die Führung der gesamten Arbeiterbewegung gebühre. Im Interesse einer gesunden Fortentwicklung der Arbeiterbewegung sei es dringend notwendig, daß diese Aufstellung in absehbarer Zeit von allen deutschen Arbeitern geteilt werde.

Wir übergehen die weiteren Ausführungen des Redners, die sich besonders mit dem unbilligsten Einfluß gewisser radikalistischer Kreise und Persönlichkeiten in der Partei befassen, der auch zur Spaltung der Arbeiterbewegung führte. Die von uns wiedergegebenen Ausführungen lassen den Gedankengang und die Ziele des Redners zur Genüge erkennen. Daß gleiche Gedankengänge auch in anderen Diskussionen über Gewerkschaftsprobleme eine Rolle spielen, dürfte unseren Lesern nicht unbekannt sein. Zu ihnen nimmt auch die „Gewerkschaft“, das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in ihrer neuesten Nummer Stellung, aber in entgegengesetztem Sinne, indem sie schreibt:

„Viele Gewerkschafter sind des ewigen Parteistreites müde und möchten auf irgendeine Weise erlösen, daß die Gewerkschaften sich ausschließlich den rein wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen zuwenden und jegliche Politik aus ihren Reihen herausbringen, d. h. jegliche Politik, die irgendeinen Parteibenutzen charakterisiert. Dabei gehen nun einige wieder zu weit und schließen unseres Erachtens über Ziel hinaus, indem sie eine neue Partei (gewisser-

O du schöne Heimarbeit!

Karlchen gefiel es nicht mehr in der Werkstatt, ganz und gar nicht! — Schon das verstaubte Frühstück! Und dann die eckhafte Straßenbahn! Diese niederträchtige Schuttschne! Da hatte es der Krause, der Hausfrau, doch viel, viel besser. Schlafen konnte er bis in die Puppen und fahren konnte er am Tage, wenn die Straßenbahn längst nicht so voll war wie abends und-morgens.

Und dann die Hauptsache, der Verdienst! Wie mußte man sich schänden und plagen um die paar Mark. Dabei reichen die paar Pimperlinge gerade zum Essen und Trinken! Anschaffen konnte man sich so gut wie gar nichts! Was konnte sich doch der Krause alles leisten! Und wie ging der in Klus! Karlchen konnte doch auch arbeiten, und er hatte doch auch ganz gute Arbeit, aber dagegen aufkommen, kein Gedanke! — Wenn man doch auch zu Hause arbeiten könnte! Da könnte man doch auch mal länger arbeiten, und wenn's nur eine lumpige Stunde wäre. Auch das Fahrgeid könnte man sparen. Und wie bequem! Man sitz' sonst alles einrichtlich! Nur, unser Karlchen war sich einmal ganz Feuer und Flamme für die Heimarbeit. In der Werkstatt freilich fand er keine Gelegenheiten. Sprach er von dem Mehrverdienst, so fragten ihn boshafte Spötter, ob er nach 12 Uhr nachts nochmals Petroleum aufgieße für die zweite Schicht. Rechnete er ihnen vor, wieviel Zeit er spare, wenn er nicht alle Tage in die Werkstatt kommen müßte, so rechneten ihm dafür die anderen vor, wieviel Zeit und Mühe er als Heimarbeiter brauche, nur um Ware abzuliefern und fertigen Fußsuhl nach Hause zu bringen. Und als er ihnen gar kein Ideal, den Hausstrauer Krause,

vorhielt, da warnten ihn sogar die Aelteren, es sei noch nicht aller Tage Abend, und ein alter Kollege prophezeite ihm, daß sie sich durch die Heimarbeit nur ihre Löhne verderben würden. „Wielleicht“, so meinte die gute Seele zum Schluß, „vielleicht leid ihr Heimarbeiter noch mal zufriden, wenn ihr eure gepreilene Heimarbeit an den Nagel hängen könnt!“

Bei unserem Karlchen aber waren alle Worte in den Wind gesprochen. Eines schönen Tages stand er vor dem Meister und trug ihm sein Anliegen vor. Der schüttelte zwar bedeutlich den Kopf und redete ihm auch noch ab. Als sein Scherzbold aber sah, daß dieses Menschenkind ganz vernarrt war in seine Idee, gab er nach, und wenige Stunden später und zum Erlaunen aller Kollegen verließ der Held unserer Erzählung die alte, langgewohnte Werkstatt, in der einen Hand sein Werkzeug, in der anderen ein großes Paket mit Aufschnitt. Und als er mit seiner ungewohnten Last zu Hause angekommen war, schloß er vor Freude gleich sein Frauchen in die Arme, schob die beiden Kartons in die Ecke, und dann ging er mit ihr hinaus ins Freie und machte noch abends einen kleinen Bummel. Und am nächsten Morgen schlief er gleich eine Stunde länger und kam sich vor wie ein freier Mann, als er zum erstenmal als Heimarbeiter an die Arbeit ging in der gemütlichen Küche, sein molliges Weibchen um sich.

Aber so schön, wie er es sich vorgestellt hatte, war es doch nicht. Gemüß konnte man länger schlafen. Aber dann mußte man auch die ausgefallene Zeit wieder nachholen, er mußte dann arbeiten bis abends spät, wenn er sonst längst Feierabend hatte. Auch die Fahrt zum Abholer war gar nicht so einfach, wie er sich's ausgemalt hatte. Wie voll war's oft am Tage in der Straßenbahn! Und wie oft mußte

er sich mit seinem vollen Paket auf der zackigen Plattform drücken und drängeln lassen. Und nun gar erst das Abholer! Wieviel schöne Zeit ging dabei verloren! Wieder mußte er die Abendstunden zu Hilfe nehmen, um nachzuholen, was es beim Liefern verfaumt hatte.

Sein Verdienst erhöhte sich ein wenig. Denn er bekam seine alte Arbeit, die er auch in der Werkstatt gemacht hatte. Darüber verzog er vieles, was ihm an der Heimarbeit nicht gefiel, deshalb beklammerte er sich innerlich, daß er damals die Werkstattarbeit an den Nagel gehängt hatte.

Eines schönsten Tages jedoch änderte sich das, er bekam zu seinem nicht geringen Schrecken anstatt der gewohnten guten, ein sehr schlechte Arbeit. Da machte Karlchen ein sehr böses Gesicht. Nun redete ihm der Meister gut zu: Es sei ja bloß ein kleiner Posten, und die Sachen würden eilig gebraucht. Schweißend packte unser Held den Unratsaufschnitt ein. In den nächsten Tagen mußte er schon ein paar Stunden zugeben, um nur einigermaßen gerecht zu kommen. Und eines Abends, als er gerade beim schönsten Arbeiten war, da klopfen plötzlich seine lieben Nachbarn an die Decke und baten sich Ruhe aus. Froh war er, als er endlich diese „Qualitätsarbeit“ abliefern konnte. Damit sollten sie ihm gestöhnen bleiben! Grob war jedoch sein Schrecken, als der Meister gleich wieder mit sich einem Posten herausrückte. Das ging unsern lieben Karl denn doch über die Hutchnur; er sah den Unglücksposten ganz einfach zurück. Doch der Meister zuckte nur die Achsel: „Lut mir leid, lieber Freund, aber was anderes kann ich Ihnen nicht geben. Das ist eine Kommission, zu sehr gedrückt Preisen, die können wir in der Bude nicht machen lassen.“

maßen wie sie die Engländer in ihrer Arbeiterpartei geschaffen haben), eine Gewerkschaftspartei schaffen wollen, die sich auch sogar — das ist in einigen Bezirken Sachsen und auch zum Teil in Berlin gesagt worden — eigene Parlamentsvertreter schaffen könnte.

Wir sind der Meinung und möchten dieser hier auch ganz unzweideutig Ausdruck verleihen, daß wir viel zu viel Parteien haben, und daß es unser Bestreben sein muß, wieder eine starke Einheitspartei der Arbeiterschaft herbeizuführen. Diese Tendenz erscheint uns durchaus nicht so aussichtslos, wie jene glauben, die um des jetzigen Parteifreites willen noch eine weitere neue Partei schaffen wollen. Eine ganze Reihe hervorragender Gewerkschaftler sieht zurzeit im Reichstag in den Reihen der SPD. Es muß möglich sein, den Einfluß der Gewerkschaften im Reichstag wie im Landtag durch Personalfusion so stark zum Ausdruck zu bringen, daß die berechtigten Interessen der Gewerkschaften dort voll wahrgenommen werden. Eine neue Gewerkschaftspartei würde bei Entwicklung ihres Programms ohnehin erneut in Zweipoligkeit mit der Mitgliedschaft geraten, und die jetzige Auffassung innerhalb der kommunistischen Partei, die Gewerkschaften für sich zu erobern, um daraus Rekrutenschulen des Kommunismus zu machen, würde dadurch in keiner Weise aufgehoben. Wir haben sehr oft die Beobachtung machen können, daß der verantwortungsvolle Gewerkschaftler, soweit er in der Kleinarbeit eine bestimmte Funktion gewissenhaft ausfüllt, auch dann, wenn er Kommunist ist, sich der Ansicht nicht verschließt über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes in seinen einzelnen Phasen. Von diesem Punkte aus muß die Befindung der deutschen Gewerkschaften angebergt werden. Die parteipolitische Anspannung des einzelnen Mitgliedes, die vielleicht von kommunistischen Grundgedanken der Gewaltpolitik und der Minderheitsdiktatur ausgeht, ist sehr schwer vereinbar mit der gewerkschaftlichen Loyalität der Einzelerkrankungen, der ungezählten täglichen Kompromisse des gewerkschaftlichen Kampfes, der Tarifabschlüsse und der immer wieder erneut Schritt um Schritt vordringenden Reformarbeit. Unseres Erachtens brauchen und können die deutschen Gewerkschaften aber deswegen keine neue Theorie aufstellen und keine neue Partei gründen, sondern sie brauchen nur ihre alte Grundlage, die arbeitsmäßige Einmütigkeit des freien Gewerkschaftlers der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft so zu fassen, daß alle Fortschritte mit allen Mitteln anzukämpfen und zu erkämpfen sind, und daß jede kleinste Etappe des Fortschritts mit oder ohne Tarifvertrag vorzunehmen werden muß, je nach den Umständen und nach den Möglichkeiten.

In der gleichen Nummer 2 der Gewerkschaft, dem Organ des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes befindet sich ein Artikel von Xaver Kamrowski über Gewerkschaften und Partei, indem dieser zu folgenden Schlusssätzen gelangt:

„Die geschichtlichen Ereignisse haben die Erkenntnis von der Begrenztheit der politischen Macht durch die realen Wirtschaftskräfte, also die ökonomischen Gesetze, hinsichtlich der Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im sozialistischen Sinne in die Arbeiterschaft, in die Gewerkschaften getragen. Zwar ist diese Erkenntnis noch nicht voll und un-

Als Karlchen immer noch keine Anstalten machte, einzutreten, stieß er ihn an: „Menschenskind, seien Sie doch kein Frosch, die anderen machen es doch auch!“ Unter Heimarbeiter starrte ganz verblüht da sagte der Meister: „Jawohl, sogar Ihr Freund Kranke!“ Das kann ich Ihnen schwarz auf weiß zeigen!“ Dann gab er ihm den freundlichen Rat: „Wenn Sie nicht zurecht kommen, arbeiten Sie doch etwas länger!“ Was blieb Karlchen da noch weiter übrig? Resigniert packte er den Kreppelein, und an den nächsten Tagen sah er bis tief in die Nacht über seine Arbeit gebeugt, wenn die anderen längst Feierabend gemacht hatten. So blieb es denn auch! Die guten Sachen, die er anfangs gemacht hatte, schienen gar nicht mehr zu gehen. Immer, und immer wieder bekam er Artikel, bei denen nichts zu verdienen war. Schließlich faßte er sich ein Herz, ging kurz und bündig zum Chef und beschwerte sich über den schlechten Zuschnitt. Da kam der Unglücksrabe gerade an die richtige Adresse. Der Chef erklärte ganz kurz: „Lieber Freund, es sind heute schlechte Zeiten, da müssen wir alle ein bißchen aushalten. Sie können das kleine Mantel doch leicht ausgleichen. Arbeiten Sie doch etwas länger! Wozu sind Sie denn Heimarbeiter geworden?“ Damit mußte sich Karlchen zufrieden geben. Während trug er seine Last nach Hause, mürrisch ging er an die Arbeit. Oft aber, um die Zeit herum, wo er sonst Feierabend in der Werkstatt hatte, dachte er an die schöne Zeit, als er, frei von der Last der Arbeit, die Treppe hinaufstieg. Dann aber griff er mit finsternem Gesicht wieder Pinsel, Streichmesser oder Hammer und kam sich vor wie ein richtiger Sklave an der Kette.

Trotzdem hegte er immer noch die Hoffnung, es würde mal besser werden, ungefähr wie früher. So traf er eines schönen Tages mit einem alten Kollegen

lassend. Das von den Produktionsmitteln losgelöste, der Lohnarbeit überantwortete Proletariat strebt, getrieben durch die kapitalistischen Wirtschaftsmethoden, zwangsläufig einer Wirtschaftsordnung zu von höchster Wirtschaftlichkeit und höchster Gerechtigkeit.

Den Gewerkschaften ist die geschichtliche Aufgabe geworden, die der Arbeiterschaft zum Bewußtsein gebrachte Macht der Arbeit im Produktionsprozess dem Wirtschaftlichen wie Gesellschaftlichen zur vollsten Geltung zu verhelfen, wobei die von der Arbeiterschaft auf Veranlassung der Gewerkschaften berufenen politischen Körperschaften durch die Gesetzgebung Hilfsdienste zu leisten haben.“

Die Gewerkschaften haben natürlich schon immer solche praktische Wirtschaftspolitik im Interesse des Volkes im allgemeinen getrieben und unterstützt. Wenn sich indes die verschiedenen politischen Parteien darum zu rufen beginnen, die Führung der Gewerkschaften an sich zu reißen und ihren Sonderzwecken dienlich zu machen, dann werden die Gewerkschaften schon Stellung zu nehmen wissen. Das dies in absehbarer Zeit dazu führt, daß die Gewerkschaften ihre politische Interessenvertretung in den Parlamenten völlig lösen von den politischen Parteien, das glauben wir nicht! Die Zahl der Abgeordneten, die gewerkschaftlich gewählt und eingestellt sind, dürfte ganz naturgemäß mit dem weiteren Wachsen der Gewerkschaften immer zahlreicher werden. Das weitere ergibt die Entwicklung, die wir kräftig zu unterstützen und zu fördern haben.

Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft und die Unternehmer.

Die Unternehmer haben die Belastung, die ihnen durch die Sozialgesetze entstanden ist, im allgemeinen immer als eine unangenehme Plage empfunden. Daß sie nicht ganz offen die völlige Befreiung fordern, geschieht wohl mehr aus taktischen Klugheitsgründen. Dofür suchen sie um so eifriger um Umwegen zum Ziele zu kommen. Was ist nicht alles schon versucht worden, um die soziale Gesetzgebung zu diskreditieren und niederzureißen? Wir erinnern nur an die vielen Angriffe auf den Achtstundentag, auf die Demobilisierungsvorordnungen und schließlich an die Versuche, die Gewerkschaften völlig zu zerschlagen und die Sozialgesetze abzuschaffen. Wie sehr ist die deutsche Wirtschaft belastet worden durch die Kämpfe, welche die Unternehmer herausbeschworen haben zu dem Zwecke, die Gewerkschaften zu vernichten.

Doch alle Mühe war vergebens, wir Gewerkschaftler sind jaß und unüberwindlich. Wohl ist auch in unseren Reihen die Disziplin in großem Umfang gelockert gewesen; die sinnlose Mißarbeit, die geübt wurde, konnte nicht ohne Folgen bleiben, doch der gesunde Sinn hat heute längst wieder die Führung in den Gewerkschaften erlangt. So ist es denn möglich gewesen, die Angriffe auf den Achtstundentag im wesentlichen mit Erfolg abzuwehren. Wo er verloren gegangen ist, muß er zurückgewonnen werden. Und so muß es auch gelingen, die Angriffe auf die Sozialgesetze abzuwehren. Das Unternehmertum hatte durch seine Wortführer (siehe den Artikel in Nr. 39 d. Ztg. vom Jahre 1924) ganz

beim Lesern zusammen. Ihm schüttelte er sein Herz aus. Er war baff, als ihm dieser achtzehnjährige mitteilte: „Ja, lieber Freund, die guten Sachen werden alle in der Bude gemacht. Nur den Murks, wobei keiner zurecht kommt, kriegen wir Heimarbeiter. Das traf ihn wie ein schwerer Schlag. Sinnend ging er nach Hause. Lange dachte er darüber nach, und eingehend besprach er sich mit seiner Frau. Schließlich beschloß er, Schluss zu machen mit diesem Teufel. Die Arbeit slog ihm nur so aus den Händen! Die halbe Nacht arbeitete er, um so rasch als möglich fertig zu werden. Gerade vor Feierabend konnte er noch liefern. Sofort ging er ins Kontor zum Chef und sagte ihm, daß er von der Heimararbeit die Nase voll habe. In die Werkstatt wollte er wieder zurück, gleich morgen früh!

Der schaute ihn groß an. „In die Werkstatt?“ Er zuckte die Achsel. „Ja, mein Lieber, das tut mir unendlich leid, aber ich habe beim besten Willen für Sie keinen Platz mehr. Hebrigens, fügte er hinzu, habe ich meine Produktion jetzt auf die Heimarbeit eingestellt, so daß Sie in der Werkstatt auch nicht mehr zurecht kommen würden!“ Karlchen stand nun da, wie vom Donner gerührt! Alle seine schönen Hoffnungen waren zu Wasser geworden. Der Meister aber, dem der arme Teufel leid tat, fragte: „Ja, lieber Freund, wären Sie nicht so leichtsinnig aus der Bude fortgegangen!“ Karlchen dachte nun zurück an den schönen Tag, da er von Hoffnungen geschwellt Heimarbeiter geworden war. Da faßte er sich bloß an den Kopf und sagte ganz leise: „Ach, was war ich doch für ein Dösel!“

Ernst Krepplin.

irreführende Zahlen über die soziale Belastung in der Öffentlichkeit verbreiten lassen. Das Reichsarbeitsministerium stellte dieses falsche Zahlenmaterial sofort richtig, trotzdem blieb die Unternehmenspresse bei ihren Behauptungen und stützte sich besonders darauf, daß damals in der Aufstellung des Reichsarbeitsministeriums die knappschaftliche Pensionsversicherung noch fehlte. Im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 2 vom 8. Januar 1925 wird das nachgeholt und nochmals der ganze Sachverhalt dargestellt. Es wird der Nachweis geführt, daß die amtlichen Zahlen richtig gewesen sind, ebenso die Voraussetzungen, die daran geknüpft wurden. Inzwischen hat sogar ein wesentlicher Abbau der damals sehr hohen Krankentagebeiträge stattgefunden. Das Endergebnis der amtlichen Feststellung ergibt, daß die gesamte soziale Belastung der Wirtschaft sich auf 1610 Millionen Mark beläuft. Davon entfallen auf die

	Arbeitsl.	Arbeitsl.	Insges.
Krankenversicherung	250	500	750
Invalidentversicherung	165	165	330
Angestelltenversicherung	55	55	110
Unfallversicherung	100	—	100
Knappschaftl. Pensionsverf.	50	50	100
Erwerbslosenfürsorge	110	110	220
Insgesamt	730	880	1610

Selbst die amtliche Stelle hatte die Unternehmer erst darauf aufmerksam machen müssen, daß der soziale Schutz der lohnarbeitenden Klassen in jeder Hinsicht der deutschen Wirtschaft und damit auch den Unternehmern zugute käme. Sachlich wird besonders die Darstellung des Dr. Tänzer juristisch gewiesen, die dieser in der Presse gegeben und trotz der Berücksichtigung der amtlichen Stelle aufrechterhalten hatte. Das „Reichsarbeitsblatt“ schließt seinen Bericht mit folgender Mahnung:

„Den größten sozialen und wirtschaftlichen Nutzen aus der Soziallast von 1610 Millionen zu gewinnen durch möglichst wirtschaftliche Gestaltung aller Einrichtungen, durch mögliche Verminderung der Verwaltungskosten, das ist die hohe Aufgabe, an der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Organe der amtlichen Sozialpolitik weiter und immer enger zusammenwirken sollen.“ — Ob diese Mahnung Befolgung findet?

Ausperrung bei Daimler in Sindelfingen.

Durch die Aussperrung der Metallarbeiter in den Daimler-Werken sind circa 150 unserer Verbandsmitglieder mit betroffen, die im Karosseriebau beschäftigt waren. Die Ursache waren Forderungen, die Löhne entsprechend den in den übrigen Stuttgarter Karosseriebetrieben bereits bewilligten Zulagen zu erhöhen.

Der Schlichtungsausschuß Stuttgart hatte einen Schiedspruch gefällt, wonach Lohn- und Alterserhöhungen für Facharbeiter abgelehnt wurden, und zwar für die Daimler-Werke in Untertürkheim. Auf diesen Schiedspruch stützte sich die Direktion und lehnte für die Metallarbeiter jede Lohnerhöhung ab. Den Glaschneidern und Schmiedern, den Stellmachern und Sattlern, den Lackierern wurden keine Lohnzulagen gewährt, die aber auch nicht entfernt als gewöhnliche Aufbesserung gelten können. Alle Versuche, die Differenzen durch Verhandlungen beizulegen, sind bisher gescheitert. Die Direktion der Daimler-Werke erklärt: Mit den Vertretern der Gewerkschaften verhandeln wir nicht. Offenbar handelt es sich um eine Machtprobe. Der Arbeiter soll sich bedingungslos unterwerfen, das ist der Zweck der Übung. Wer die Unternehmerpraktiken leitet, wundert sich über dieses Vorgehen nicht mehr; jene Arbeiter aber, die bisher immer noch nicht begriffen haben, wozu sie gehören, die sollten sich doch endlich den Schatz aus den Augen reißen und ihre Schatzgrube ablegen. Dem Unternehmer ist es gleich, ob wir mit Weib und Kind verhungern. Er will allein im Betrieb herrschen, er bestimmt die Lohnhöhe, damit basta, wir haben schweigend zu arbeiten und zu erdulden. Der Profill ist die Hauptsache, der kann gar nicht hoch genug sein. Einem Bericht in der „Schwäbischen Tagwacht“ vom 9. Dezember entnehmen wir über den Daimler-Betrieb folgendes:

„Der Deffentlichkeit muß gesagt werden, daß die Produktion im Werk Sindelfingen durch die sogenannte „Amerikanisierung“ um durchschnittlich 50 Proz. gesteigert wurde. Das bedeutet für die Aktionäre Riesengewinne, während die Arbeiterschaft noch mehr als bisher schuften muß, und zwar zu Löhnen, die jeder Beschreibung spotten. So gibt es z. B. bei der Firma Daimler noch Hilfsarbeiter, die 45 bis 48 Pf. die Stunde verdienen, aber wohlgekleidet, sind dies nicht Löhne für jugendliche Arbeiter, sondern für über 25 Jahre alte Arbeiter, die davon noch Frau und Kind ernähren sollen.

Was die Facharbeiter anbetrifft, so erzielen diese einen Durchschnittsverdienst von 79 bis 80 Pf. die

Stunde, während in den Stuttgarter Karosseriebetrieben 80 bis 92 Pf. bezahlt werden. Das Daimler-Werk als Weltfirma, dessen Erfolge doch letzten Endes auf die von ihren Arbeitern geleistete Qualitätsarbeit zurückzuführen sind, kann (liebe: will!) in punkto Lohn das nicht geben, was kleinere Firmen mit 50 bis 60 Arbeitern ihren Leuten bezahlen. Die Firma handelt immer noch nach dem alten reaktionären, aber ebenso widersinnigen Arbeitgeberrezept, lange Arbeitszeit, niedriger Lohn, und glaubt damit den Weltmarkt erobern zu können. Aber sie wird sich verrechnet haben. Die Proleten haben es nämlich satt, sich am Narrenfuß führen zu lassen. Sie wissen sehr gut, daß der ihnen aufgezwungene Kampf ein langer und hartnäckiger wird. Aber diese Erkenntnis hat sie nicht abgeholt, wie ein Mann zusammenzustehen. Wenn jemals von einer Geschlossenheit der Arbeiterchaft gesprochen werden konnte, so ist es hier der Fall, und wir sind überzeugt, daß diese Geschlossenheit erhalten wird, bis der Plan der Direktion durchkreuzt ist.

Die Gewerkschaften werden alle ihnen zu Gebote stehenden und geeignet erscheinenden Machtmittel aufbieten, um den Kampf erfolgreich zu bestehen. Die nicht am Kampf beteiligte Arbeiterchaft wird zum tun, dafür zu sorgen, daß schon jetzt die Reihen innerhalb der einzelnen Betriebe geschlossen werden, daß der letzte Mann den Gewerkschaften als Mitglied zugeführt wird. Der Kampf der Daimler-Arbeiter ist nicht etwa der Abschluß, sondern der Beginn einer Reihe von Kämpfen.

Starke Gewerkschaften sind aber die erste Voraussetzung, um Kämpfe erfolgreich führen zu können. Da aber die Unorganisierten eine feste Gefahr für jeden Kampf bedeuten, so ist unser aller Augenmerk auf die Nichtorganisierten zu richten. Mehr denn je muß unser Mahnruf beachtet werden:

Hinein in die Gewerkschaften!

Herabsetzung der Lohnsteuer!

Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei hat einen Antrag eingebracht, in dem die Erhöhung des Lohnbetrags verlangt wird, der steuerfrei bleibt. Dieser Betrag ist zurzeit 60 Mk. monatlich, 15 Mk. wöchentlich. Beantragt wird, 100 Mk. monatlich, 24 Mk. wöchentlich festzusetzen. Dann wird beantragt, daß dieser Betrag auch in den Fällen steuerfrei bleibt, wo Erwerbslosigkeit, Krankheit, Kurzarbeit, Streik und Aushungerung, Saisonarbeit in Betracht kommt.

Der Antrag ist begründet durch die Entwicklung der Lohnfrage im vergangenen Jahre. Diese hat folgendes Bild nach dem 1. Oktoberfest von Wirtschaft und Statistik 1924.

Die tarifmäßigen Stundenlöhne betragen in Pfennigen:

Datum	Bau- u. Holzarb.	Metallarb.	Textil- u. Bekleidungsarb.	Landw. u. Forstarb.	Durchsch.		
7. 1. 24	64	65	68	52	56	63	81
1. 10. 24	97	88	89	68	70	78	85

Diese Lohnerhöhungen konnten aber erst nach schmerzlichen und harten Ringen von der Arbeiterchaft erkämpft werden. Die Belastung des Arbeiterbudgets durch die Lohnsteuer stieg dadurch von 4 Proz. im Dezember 1923 auf 5 Proz., im November 1924 beim verheirateten, beim ledigen Arbeiter von 5,7 auf 7 Proz.

Durch die Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags muß ein angemessener Ausgleich herbeigeführt werden.

Aus unseren Berufstreifen.

Zum 25jährigen Verbandsjubiläum der Verwaltungsgesellschaft Breslau rüstet die Breslauer Kollegenschaft, den Tag (25. März 1925) in würdiger Weise zu begehen und die Jubiläre zu ehren. Wie selten eine Stadt hat Breslau in politischer, wirtschaftlicher und beruflicher Beziehung eine Vergangenheit, die sich auch an den Quellen der Berufsentwicklung bis ins frühe Mittelalter nachweisen läßt. Gerade Breslau als äußerster Vorposten vor den Toren der slawischen Welt weiß hierin seine spezielle Eigenschaft als Verbindungsstück zu dienen, immer wieder nach.

Der Festausschuß will die Kollegen Deutschlands Anteil nehmen lassen, die Entwicklung der beruflichen Seite kennenzulernen und einschloß sich, eine Abhandlung in Buchform erscheinen zu lassen, die den Titel trägt: „Geschichte der Breslauer Tischner, Kollerhammer, Tapezierer und Portefeuller und deren Organisationen, anfangend vom Jahre 1420 bis zur Jetztzeit.“

Um es gleich vorweg zu sagen: Es wird den jungen wie alten Kollegen eine Lektüre geboten, die von besonderem Interesse und deshalb in keiner Bibliothek fehlen sollte.

Aus dem Inhalt:

Abchnitt 1: Der römische König Sigismund und König von Böhmen befragt die Ordnungen der Innungen in Breslau 1420.

Abchnitt 2: Ordnungen der Mannes-Tischner und Kollerhammergehilfen, Werkstatt-Schichtenordnung 1469.

Abchnitt 3: Stammbuch der Breslauer Tischnergehilfen 1531.

Abchnitt 4: Magistrat, Handwerker-Innung, Verordnungen, Lehrbriefe.

Abchnitt 5: Neue Organisationsbestrebungen 1840

Abchnitt 6: Weltkrieg, Gegenwart, Zukunftsgedanken.

Das beschlossene Unternehmen tatkräftig zu unterstützen ist der Wunsch der Breslauer Kollegenschaft. Wir erbiten daher zu Händen der Ortsverwaltung die erwünschten Vorbestellungen der Exemplare und Interessenten. Die Schrift erscheint im Selbstverlag zum Herstellungspreis von 0,90 Mk.

Der Verfasser und die Ortsverwaltung.

Herstellung von Safflerarbeiten im Klads.

Unter dieser Überschrift haben wir in Nr. 38 b. 3. vom 21. November 1924 zur Kenntnis gebracht, daß das Kloster St. Ottilien am Ammersee in Oberbayern einen Fabrikationsbetrieb zur Herstellung von Saffler- und Lederwaren errichtet habe. Ferner, daß der Bayerische Landesverband der Saffler keine Mitglieder erlucht habe, der Fabrik im Kloster keine Waren abzugeben.

Der Bayerische Landesverband hat jetzt diese keine Aufforderung widerrufen. Durch persönliche Verhandlungen mit der Klosterfabrik habe die Leitung erklärt: der Kleinerkauf an Privats wird eingestellt und nur noch im eigenen Laden des Klosters fortgesetzt. Der Vorstand habe sich überzeugt, daß nur Qualitätsware in der Fabrik des Klosters erzeugt wird; deshalb könne jeder Kollege diese Ware führen, er würde damit voraussichtlich einen sehr guten Abschluß erzielen. So etwas ähnliches haben wir ja bereits (siehe die erwähnte Notiz) vorherkommen sehen. Die Klosterware ist eben streng reell, billig! Die Bedienung eine prompte, der Nutzen ist die Hauptsache, alles andere muß dagegen zurücktreten.

In der Nr. 1 der „Allgemeinen Tapeziererzeitung“ entwickelt der Schriftleiter S. Feder das Programm für das Jahr 1925. Zielbewußte Aufklärung, Förderung und Hebung unseres Handwerks, Ausbau von dessen Organisationen. Immer will das Blatt den Lesern den großen Wert und die Bedeutung der Berufsorganisation vor Augen führen auf dem Boden und den Grundlagen eines fortschrittlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Wo doch auch sozialer Fortschritt? Nun, den erstreben wir auch! Dann heißt es: Es gilt zu kämpfen gegen die Auswüchse des Großkapitals, gegen Schwund und Schieberkonkurrenz, Kampf auch gegen unberechtigte Forderungen der Arbeitnehmer.

Hoffentlich sieht das Bundesorgan nicht von vornherein jede Forderung der Arbeitnehmer als unberechtigt an; wie es ja leider in Unternehmenskreisen meistens der Fall ist, und erzieht keine Lese auch in dieser Hinsicht im Geiste sozialen Fortschritts. Der soziale Fortschritt der kleinen Handwerksmeister ist ja, wie schon betont wurde, viel mehr davon abhängig, daß die Gehilfen anständige, auskömmliche Löhne erhalten, als diesen Unternehmerkreisen zum Bewußtsein gebracht wird. Nach dieser Richtung ausstrahlend zu wirken, wäre allerdings für diese Unternehmerblätter eine dringende Aufgabe. Wir zweifeln indes sehr daran, daß sie sich bemühen werden, diese Arbeit zu leisten. Man wird die wirtschaftlichen Stellen nicht berühren, sondern ihnen wie bisher ausweichen und im alten Geiste weiter trotzen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Fahrzeugindustrie.

Sindelfingen, bei Stuttgart. Ab 4. Dezember wurde die ganze Belegschaft bei Daimler ausgeperrt, 150 Kollegen sind davon betroffen.

Eisenach. Bei der Firma Dixi stehen die Kollegen bereits die 4. Woche im Streik. Die Firma läßt bei auswärtigen Firmen Wagen herstellen. Um a. d. B. Leitstreik in der Karosserieabteilung bei der Firma C. D. Magirus.

Kollegen, achtet darauf! Jede Arbeit für die genannte Firma ist abzulehnen.

Lederwarenindustrie.

Landsberg a. d. W. Der Lohnstreik bei der Firma Max Robertlein geht weiter. Besonders sei darauf verwiesen, daß die Firma fast ständig in den auswärtigen Zeitungen annonciert, um billige Arbeitskräfte zu bekommen.

Weidel streng die genannten Orte!

Bücherchau.

„Die Arbeit.“ Heft 5 ist erschienen, mit sehr reichhaltigem Inhalt für jedes Mitglied der Gewerkschaften. Ein Artikel von Spliedt über „Einheitliche

Gefahrensgemeinschaft in der Arbeit“ von Memme: „Das Problem der Arbeit in der angelsächsischen Welt.“ Ein Artikel von Aufhäuser über „Betriebsrat und Wertgemeinschaft“ verdienen besondere Beachtung. Interessante Ausführungen über Lohnpolitik und Währungs macht H. Rothhoff, über Staat und Arbeiterbildung Dr. H. Seelbach. Kurz „Die Arbeit“ bietet eine Fülle von Anregung. Sie kann bei jeder Postanstalt wie auch beim Verlag, Inselstr. 6, Berlin, bestellt werden.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 19. bis 25. Januar ist der vierte Beitrag für 1925 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Berlin. Auf eine Organisationszugehörigkeit über 25 Jahre können zurückblicken unsere Kollegen: Karl Borchart, Otto Bernabini, Hermann Fischer, Paul Dahms, Karl Reich, Wilhelm Reppin, Hermann Rohberg, Adolf Sachse, Paul Todtenhausen, Richard Winger, Paul Wohlmann, Wilhelm Zimmermann.

Veranstaltungskalender.

Dresden. Donnerstag, den 29. Januar, 6 Uhr, im Volkshaus, Saal I, Generalversammlung. Jahresbericht. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Frankfurt a. M. Montag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerblichshaus, kleiner Saal, Generalversammlung. Jahresbericht. Neuwahlen.

Halle. Sonnabend, den 31. Januar 1925, Generalversammlung, abends 8 1/2 Uhr, pünktlich im Volkspark (Kartellzimmer). Neuwahlen. Berichte.

Leipzig. Montag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, im Volkshaus (großer Saal) Jahres-Generalversammlung. Tätigkeitsbericht. Neuwahlen. Zutritt nur mit Mitgliedsbuch oder -karte.

Adressenveränderungen.

Drosseln. Vorj.: Gustav Scholz, Kirchstr. 10.

Waldheim. Vorj.: Louis Müller, Feldstr. 12.

Kaff. Vorj.: Fritz Seidel, Neuhäuser Wahnstr. 42.

Zeitz. Vorj.: Walter Windau, Schützenstr. 18.

Hirschfeld. Vorj.: Curt Schüller, Weiße 24.

Hildesheim. Vorj.: August Winte, Rosenzungenstraße 36.

Duisburg. Vorj.: Jakob Brand, Wanheimer Straße 97.

Sülzkow. Vorj.: O. Jungens, Gr. Schloßstr. 7.

Zwidau. Raff.: Arthur Nsimus, Freodorstr. 8 II.

Sterbetafel.

Bielefeld. Am 6. Januar starb Kollege Kurt Hempel im Alter von 37 Jahren.

Kuppenheim. Am 29. Dezember 1924 starb Kollege Wilhelm Kolb im Alter von 27 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Portefeuller.

Inhändigen Arbeiter auf Antragsstellung mit überzogenem Eifen-tapeten, in bawende Stellung sofort gesucht.

Julius Götze, Lederwarenfabrik, Nlm a. D.

Tüchtige Portefeuller

bei hohem Stundenlohn und dauernder Beschäftigung für sofort gesucht. Alter Lederwarenfabrik, Jerowse Kevlat, N.-O. Preussien.

Ortsverwaltung Berlin.

25. Stiftungsfest der Branche der Einsteckmaler u. Teppichnäher Sonnabend, den 14. Februar 1925, in den Geseftsmännern des Gewerkschaftshauses, Engländer 24/26. Einlassung 7 Uhr.

Einlassung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Festprogramm: Herr Josef Flaut: Entle und bessere Regalitäten - Wandlinien-Trichter „Gon-Bro“ (Diegenz J. Gessen) - Gefangenen „Memento“ (Wagel des Deutschen Arbeiter-Sänger-Bundes). - Nach den Vorträgen: Tanz.

Verfasser

Rundschürnmacher

Verfasser

Reißschneider

von großer Bekanntheit. Für maßliche Kundenbestellen sucht sehr gesch. Erfahren unter Wilhelm Peters G. m. b. H. G. R. 201 an die Exp. b. B. Berlin C. 27, Anhalterstr. 37.

Mehrere befähigte Polsterer

auf Leder- und Stoffmöbel zum sofortigen Eintritt suchen gegen guten Verdienst

Westdeutsche Stuhl- u. Polsterfabrik Schmidt & Co. Wermelskirchen (Nhb.).